

„Liberalismus ist rheinisch!“ Statistisches zu den „rheinischen“ Zügen liberaler Parteien zwischen Reichsgründung und wiedervereinigter Bundesrepublik¹

Die Zusage, „rheinische“ Züge bei den liberalen Parteien im 19. und 20. Jahrhundert nachzuweisen, ist sicherlich etwas leichtsinnig gewesen. Denn schon bei anderer Gelegenheit und unter einem anderen Blickwinkel ist vom Autor die Erfahrung gemacht worden, wie schwierig es ist, solche „weichen“ Merkmale wie damals „preußisch“² und jetzt „rheinisch“ wissenschaftlich einigermaßen „wasserfest“ zu operationalisieren. Diesem methodischen Problem steht aber andererseits ein landläufiges Geschichtsbild gegenüber, demzufolge es nicht nur einen „Rheinischen Liberalismus“ gegeben habe, was wohl niemand bestreitet, sondern dass die Region Rheinland auch großen Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Liberalismus genommen habe.

I.

Dazu sollen zunächst drei Stimmen aus verschiedenen Zeiten angeführt werden. Die älteste stammt aus den „Grenzboten“, denen man eine gewisse Nähe zu den Nationalliberalen nicht absprechen konnte. Dort war 1898 über genau diese zu lesen: „Vom Rhein und von Westfalen empfangen sie ihre Inspirationen, dort liegt der Schwerpunkt der Partei und die treibende Kraft für ihre jeweilige Tätigkeit.“³ Mehr rückblickend als auf seine eigene Gegenwart bezogen, meinte wenig später Friedrich Naumann: „Der alte Liberalis-

- 1 Überarbeiteter Text des Vortrags in Bonn vom 15.11.2017, der Vortragsduktus wurde weitgehend beibehalten.
- 2 Vgl. Jürgen Frölich: Preußentum und Liberalismus nach 1867. Preußische Züge bei den liberalen Parteien des Kaiserreichs. In: ders./Ester-Beate Körber/Michael Rohrschneider (Hrsg.): Preußen und Preußentum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin 2002, S. 145-162, bes. S. 147.
- 3 Die Hannoverschen Nationalliberalen. In: Grenzboten 57 (1898), S. 305-313, 365-374, hier S. 367.

mus kam aus Süddeutschland, Rheinland und Ostpreußen.⁴ Und der zumindest in Bonn und im Rheinland unvergessene Guido Westerwelle stellte anlässlich des Umzugs der liberalen Geschäftsstellen von der gewesenen Hauptstadt am Rhein in die neue an der Spree neunzig Jahre danach apodiktisch fest: „Liberalismus ist rheinisch!“⁵ Alle drei Autoren waren also mit unterschiedlichem Blickwinkel – Naumann bezogen auf die Jahrzehnte um die Mitte des 19. Jahrhunderts, der anonyme Grenzboten-Autor im Blick auf die vorletzte Jahrhundertwende und der Rheinländer Guido Westerwelle generell – von einer rheinischen Prägung des deutschen Liberalismus überzeugt.

Wie man diese belegen kann, ist das Problem, vor dem die folgenden Ausführungen stehen. Um wissenschaftlich nachvollziehbar zu sein, müsste die Antwort darauf nicht nur rein „gefühlsmäßig“ wie bei den zitierten Urteilen, sondern sollte vielmehr „quantitativ belastbar“ erfolgen. Umso mehr stellt sich die Frage, wie solche „belastbaren“ Daten generiert werden können. In Anlehnung an meine früheren Ausführungen zum Preußentum im Liberalismus,⁶ aber auch an die Richtschnur, die für Mitarbeiter beim online-Portal zur rheinischen Geschichte ausgegeben wird⁷ und die *grosso modo* lautet „Rheinländer wird man durch Geburt oder langjähriges Wirken dort“, soll das Rheinische nun im Folgenden an Geburts-, Wohn- und Wahlorten liberaler Politiker festgemacht werden. Hinsichtlich des Letzteren wird es Überschneidungen mit anderen Beiträgen in diesem Band geben, aber da sich Geburts- und Wohnort nicht immer zweifelsfrei feststellen lassen und in ihrer Aussagekraft auch begrenzt sind, müssen eben auch die Wahlergebnisse herangezogen werden. Dabei geht es hier nicht um diese an sich oder die Frage nach Hochburgen, sondern um das Abschneiden der Liberalen im Rheinland im Vergleich zu anderen deutschen Landesteilen.

Weitere Ansatzpunkte sind, da kaum etwas über die Mitgliederverteilung der liberalen Parteien in Deutschland vor 1968 (!) – in diesem Jahr beginnt die verlässliche Statistik zur FDP – bekannt ist, die Zusammensetzung von Vorständen und Delegierten. Allerdings wird das Vorgehen – das sei vorausgeschickt – im Folgenden kein systematisches, sondern ein diachrones sein, weil hier als Reflex auf die drei einleitenden Zitate vor allem interessiert, ob es einen Wandel oder Entwicklungen hinsichtlich des „Rheinischen“ bei den liberalen Parteien resp. Strömungen gegeben hat.

4 Friedrich Naumann: Die Erneuerung des Liberalismus (1906). In: ders.: Werke Bd. 4. Köln/ Opladen 1966, S. 270–283, hier S. 282.

5 Guido Westerwelle: Gedanken zum rheinischen Liberalismus. Rede in Königswinter am 7.12.1999. Manuskript im Personenordner G. Westerwelle, Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL) ohne Signatur, Bl. 1.

6 Frölich: Preußentum und Liberalismus (wie Anm. 2), S. 146 ff.

7 Vgl. <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Seiten/home.aspx> (Zugriff 31.1.2018).

Auch wenn es die Geschichtsschreibung zur Sozialdemokratie nicht so recht wahrhaben will:⁸ Die älteste der deutschen Parteien ist eine liberale. Denn die Deutsche Fortschrittspartei (DFP) wurde fast zwei Jahre vor dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, auf den sich die sozialdemokratische Tradition stützt, im Juni 1861 gegründet. Mit ihr sollen die Betrachtungen beginnen.

Die Fortschrittspartei erzielte auf Anhieb große Wahlerfolge, die solche, die im 20. Jahrhundert für Aufsehen sorgten, weit in den Schatten stellten: Beim ersten Antreten gewann sie ein knappes Drittel der Sitze im preußischen Abgeordneten-Haus, beim folgenden Urnengang sogar an die vierzig Prozent. Dank Adalbert Hess wissen wir auch, woher diese Abgeordneten und diejenigen der liberalen Schwesterparteien kamen (Tabelle 1):

Tabelle 1: Liberale Mandate im preußischen Verfassungskonflikt 1862 ⁹					
	Mandate insgesamt	Mandatsanteil	rheinische Mandate	Anteil an rhein. Mandaten	„Rheinländer“ in der Fraktion
Abgeordnete	352		62		(17,6 %)
DFP	135	38,4 %	23	37,1 %	17,0 %
Linkes Zentrum	103	29,3 %	29	46,8 %	28,1 %
Altliberale	26	7,4 %	4	6,5 %	15,4 %
Liberale zus.	285 ¹⁰	81,0 %	56	90,3%	19,6 %

Diese Tabelle zeigt, dass die Rheinprovinz im Liberalismus während des sogenannten „Verfassungskonflikts“ von 1862 bis 1866 leicht überrepräsentiert war, 19,6 Prozent seiner Abgeordneten kamen von dort statt 17,6 Prozent, wenn alle Provinzen tendenziell gleich gewählt hätten. Das wäre sicherlich noch keine bedeutsame Abweichung.

Bei genauerem Hinsehen wird aber klar, dass sich das „rheinische“ Element ungleich auf die liberalen Parteien resp. Fraktionen verteilt: Hielt sich das Abschneiden der Fortschrittspartei im Rheinland ziemlich genau im Par-teidurchschnitt und lag bei der am weitesten rechtsstehenden liberalen Grup-

8 Als jüngeres Beispiel unter vielen vgl. Thomas Flemming: Gustav W. Heinemann. Ein deutscher Citoyen – Biographie. Essen 2014, S. 334.
9 Zusammenge stellt nach Adalbert Hess: Das Parlament, das Bismarck widerstrebte. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit (1862-1866). Köln/Opladen 1964, S. 53 f.
10 Einschließlich der Fraktion Rönne, die kein Mandat im Rheinland gewann.

pierung, der Fraktion Vincke/resp. den sogenannten „Altliberalen“, etwas darunter, so war es bei der liberalen „Mittel“-Fraktion Linkes Zentrum/resp. Bockum-Dolffs weit überdurchschnittlich.

Man kann also erst einmal festhalten, dass in der Frühphase der Parteigeschichte vor allem der gemäßigte Liberalismus in der Rheinprovinz reüssierte. Von einer rheinischen Prägung sollte man vielleicht noch nicht sprechen, denn beispielsweise wurden für die Fortschrittspartei in rheinischen Wahlkreisen Franz Duncker, Werner Siemens und Rudolf Virchow gewählt, alleamt damals bekannte Liberale, aber weder gebürtige Rheinländer noch dort wohnend und wirkend, sondern in Berlin.

Aufschlussreich wird nun ein Blick auf die Entwicklung im preußischen Landtag ein halbes Jahrhundert später, als die liberale Hochzeit während des Verfassungskonflikts längst verfliegen war. Mit den Materialien von Gerhard A. Ritter, dem meine Ausführungen viel verdanken, ist die zweite Tabelle zusammengestellt:

Tabelle 2: Liberale Mandate im Preußischen Abgeordnetenhaus 1898/1913 ¹¹				
	1898		1913	
Mandate insgesamt	433	100 %	443	100 %
<i>davon im Rheinland</i>	62	14,3 %	63	14,2 %
Nationalliberale insgesamt	71	16,4 %	73	16,5 %
<i>davon im Rheinland</i>	14	22,5 %	13	20,6 %
Rheinischer Anteil an der Fraktion		19,7 %		17,8 %
Linksliberale insgesamt	35	8,1 %	40	9,0 %
<i>davon im Rheinland</i>	0	0,0 %	2	3,2 %
Rheinischer Anteil an der Fraktion		0,0 %		5,0 %

Bemerkenswert ist hier weniger der allseits bekannte liberale Mandatsrückgang von rund achtzig auf gut zwanzig Prozent, sondern die innerliberale Verteilung des verbliebenen Restes. Daraus folgt, dass, wenn es im späten Kaiserreich einen „rheinischen“ Liberalismus gab, dieser offenbar nationalliberal ausgerichtet war. Denn der Mandatsanteil der Nationalliberalen Partei war um 1900 im Rheinland klar überdurchschnittlich, im Gegensatz zu den linksliberalen Schwesterparteien, die sich offenbar im Westen nur schwer behaupten konnten und in denen rheinische Mandatsträger so gut wie keine Rolle spielten.

11 Vgl. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches. München 1980, S. 146 ff.

Natürlich ist der Preußische Landtag aufgrund seines spezifischen, ungleichen Wahlrechts ein ganz „besonderes“ Parlament; insofern scheint eine Gegenprobe durch den anders konstituierten Reichstag sinnvoll. Auch dazu ein paar Zahlen, wobei zunächst einmal der einleitend postulierte chronologische Weg verlassen und wieder ein halbes Jahrhundert zurückgegangen wird: Am Ende des preußischen Verfassungskonflikts stand, innen- resp. nationalpolitisch gesehen, die Gründung des Norddeutschen Bundes. In diesem Zusammenhang wurde erstmals in der deutschen Parteiengeschichte nach einem demokratischen (Männer-)Wahlrecht gewählt, bei dem nun auch, anders als im Verfassungskonflikt, eindeutig miteinander konkurrierende liberale Parteien antraten. Das Ergebnis war hinsichtlich der Anteile und Mandate wie folgt (Tabellen 3 a u. 3 b):

Tabelle 3 a: Stimmenanteile bei der Reichstagwahl vom 31.8.1867

	Nationalliberale	Fortschrittpartei	Andere Liberale
Norddeutscher Bund ¹²	18,0 %	12,6 %	17,2 %
Preußen ¹³	17,2 %	13,1 %	11,1 %
Rheinprovinz	15,8 %	21,0 %	19,8 %
Regierungsbezirk Köln ¹⁴	-	28,4 %	40,2 %
RB Düsseldorf	16,7 %	22,1%	21,1 %
RB Koblenz	15,8 %	16,4 %	16,8 %
RB Trier	21,0 %	19,5 %	11,6 %
RB Aachen	22,2 %	19,3 %	6,4 %

12 Nach <http://www.wahlen-in-deutschland.de/krtw.htm> (Zugriff 5.10.2017).

13 Die Zahlen für Preußen und die Rheinprovinz nach Klaus Erich Pollmann: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund. Düsseldorf 1985, S. 534-537.

14 Die Nationalliberale Partei ist nicht einzeln ausgewiesen.

Tabelle 3 b: Mandatsverteilung bei den Reichstagswahlen¹⁵

	Wahl vom 12.2.1867		Wahl vom 31.8.1867	
Mandate insgesamt	297	100 %	297	100 %
<i>davon aus der Rheinprovinz</i>	35	11,8 %	35	11,8 %
Nationalliberale insgesamt	81	27,2 %	84	28,3 %
<i>davon aus der Rheinprovinz</i>	5	14,3 %	7	20,0 %
<i>Rheinländer in der Fraktion</i>		6,2 %		8,3 %
Fortschrittspartei insgesamt	20	6,7 %	30	10,1 %
<i>davon aus der Rheinprovinz</i>	2	5,7 %	4	11,4 %
<i>Rheinländer in der Fraktion</i>		10,0 %		13,3 %
andere Liberale insgesamt	41	13,8 %	28	9,4 %
<i>davon aus der Rheinprovinz</i>	6	17,1 %	12	34,2 %
<i>Rheinländer in der Fraktion</i>		14,6 %		42,6 %
alle Liberalen	142	40,4 %	142	40,4 %
<i>davon aus der Rheinprovinz</i>	13	37,1 %	23	65,7 %
<i>Rheinländer in den Fraktionen</i>		9,2 %		16,2 %

Die Fortschrittspartei hatte demnach ihre Führungsrolle innerhalb des liberalen Lagers verloren. Sie konnte zwar im Rheinland mit 21 Prozent gegenüber rund 13 Prozent in Preußen bzw. im Norddeutschen Bund weit überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielen. Diese Wähleranteile ließen sich aber nicht so recht in Reichstagssitze ummünzen, so dass „Rheinländer“ in ihrer Fraktion eine geringe bis knapp durchschnittliche Rolle spielten.

Anders verhielt es sich bei der gerade gegründeten nationalliberalen Konkurrenz, deren Anteil im Rheinland zwar geringer war, auch weil er offenbar für den Regierungsbezirk Köln nicht offiziell ausgewiesen wurde, die aber mehr Mandate gewann. Dennoch war bei ihr das „rheinische“ Element in Bezug auf die übrigen Ergebnisse – noch – unterrepräsentiert, auch weil sich viele rheinische Wähler für die „übrigen“ Liberalen entschieden, also Altliberale und andere gemäßigt-liberale Gruppierungen, die ihrerseits eindeutig rheinisch geprägt waren. Aber die Gesamtentwicklung, wenn auch noch nicht die im Rheinland, zwischen den beiden Wahlgängen von 1867 deutet schon an, dass diese Gruppierungen auf Dauer zwischen den beiden Haupt-

¹⁵ Nach Pollmann: Parlamentarismus (wie Anm. 13), S. 543 ff.

richtungen zerrieben zu werden drohten, was dann in der Folgezeit auch schnell eintrat.

Eine Anmerkung zum Wahlverhalten der Rheinländer 1867 sei noch gemacht: Offenbar waren sie mit dem Agieren der Liberalen im Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes so zufrieden, dass sie die liberalen Parteien nachher allseits gestärkt haben, denn das rheinische Element verdoppelte sich unter den liberalen Abgeordneten bei insgesamt gleichbleibender Mandatszahl. Das ist insofern erstaunlich, als die liberalen Fraktionen ja keineswegs im Einklang agierten, sondern in vielen Fragen unterschiedliche, wenn nicht gegensätzliche Antworten gaben.

Blickt man auf die spätere Zeit des Kaiserreiches, so bestätigen sich die Erkenntnisse zum preußischen Abgeordnetenhaus (Tabelle 2) auch unter anderen Wahlrechtsbedingungen (Tabelle 4): Für die Linksliberalen war das Rheinland ein schwieriges Terrain, in dem sie kaum Fuß fassen konnten. Besser war es um die rechtsliberale Schwesterpartei bestellt, aber auch sie schnitt im Rheinland zunehmend schlechter ab, war jedoch vor Ort – so in den Regierungsbezirken Koblenz, Düsseldorf und Trier – durchgängig politisch präsent, während die Linksliberalen nach 1890 nur ab und zu in der Region Düsseldorf ein Mandat gewinnen konnten. Das heißt, ihr „rheinischer“ Fraktionsanteil lag häufig auch bei null. Die ausgewählten Wahlergebnisse verzerren also ein wenig das Bild.

Tabelle 4: Liberale Mandatsanteile bei den Reichstagswahlen 1884/1907 ¹⁶				
	1884		1907	
Sitze insgesamt	397	100 %	397	100 %
<i>davon Rheinland</i>	35	8,8 %	35	8,8 %
Nationalliberaler Stimmenanteil insgesamt		17,6 %		14,5 %
Nationalliberale Mandate insgesamt	51	12,8 %	54	13,6 %
<i>davon im Rheinland</i>	3	8,6 %	2	5,7 %
<i>„Rheinländer“ in der Fraktion</i>		5,9 %		3,7 %
Linksliberaler Stimmenanteil insgesamt		17,6 %		11,0 %
Linksliberale Mandate insgesamt	67	16,9 %	49	12,3 %
<i>davon im Rheinland</i>	1	2,9 %	1	2,9 %
<i>„Rheinländer“ in der Fraktion</i>		1,5 %		2,0 %

16 Zusammengestellt nach Ritter/Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch (wie Anm. 11), S. 38 ff u. 79 ff.

Die zu erkennende Gesamtrendenz verfestigt sich, wenn man sich den „Partei-eliten“ und Parteiorganisationen zuwendet. Hinsichtlich Letzterer verfügte die Nationalliberale Partei 1911 über sechzig größere und kleinere Geschäftsstellen im Reich, davon befanden sich sieben in der Rheinprovinz.¹⁷ Von diesen muss man allerdings eine – nämlich die in Wetzlar – abziehen, weil sie wohl nicht dem eigentlichen „rheinischen Kulturkreis“ zuzuordnen ist. Bleiben also rund zehn Prozent der Geschäftsstellen im Rheinland, was in etwa dem dortigen Bevölkerungsanteil entspricht, der mit 10,6 Prozent 1906¹⁸ etwas über dem seit 1871 konstanten Mandatsanteil im Reichstag (8,8 Prozent) lag.

Ein in gewisser Weise vergleichbares Material für die linksliberale Konkurrenz bildet die Anzahl der Lokalvereine, die die Deutsch-Freisinnige Partei für das Jahr 1884, also nach der Fusion von Fortschrittspartei und nationalliberaler Sezession, auswies: Demnach befanden sich 13 von 221 lokalen Organisation auf dem Boden der Rheinprovinz, die damit aber nur knapp 6 % der Gesamtorganisation stellte.¹⁹ Zwar gab es bis 1890 eine gewisse organisatorische Verdichtung, aber mit 16 Wahl- und Lokalvereinen war der regionale Linksliberalismus in der Rheinprovinz schlechter als in den Provinzen Schlesien und Westfalen, aber auch als im weit geringer bewohnten Brandenburg und Schleswig-Holstein organisiert. Auch Berlin wies viel mehr freisinnige Bezirksvereine auf, war allerdings auch eine Hochburg der Partei. Das dürfte zugleich die organisatorische Dichte in Brandenburg als dem „Großberliner“ Umland erklären.²⁰ Beim Vergleich zwischen den liberalen Parteien ist auch zu beachten, dass sicherlich nur die wenigsten Lokal- und Wahlvereine eigene Geschäftsstellen unterhalten konnten. Von solchen ist in den organisatorischen Mitteilungen auf freisinniger Seite anders als bei den Nationalliberalen in dieser ganzen Zeit nicht die Rede. Man muss deshalb von einem organisatorischen Vorsprung der nationalliberalen Partei in der Rheinprovinz gegenüber der Schwesterpartei ausgehen.

Direkte Vergleiche, die sich zwischen den beiderseitigen Vorständen und den Delegierten anstellen lassen, deuten ebenfalls in diese Richtung (Tabellen 5 und 6). Dabei zeigt sich ein doch nicht unbeträchtlicher Unterschied zwischen diesen beiden Bezugsgruppen:

17 Vgl. Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei, 4. Jg. 1911, S. VII-IX.

18 6,44 Millionen von 60,6 Millionen, vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907, S. 1 (online unter http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514401303_1906|log7&physid=phys27#navi, Zugriff 31.1.2018).

19 Vgl. Vereinskalendar der Deutschen Freisinnigen Partei zum Handgebrauch für das Jahr 1884. Berlin 1884, S. 6-15.

20 Vgl. Vereinskalendar der Deutschen Freisinnigen Partei zum Handgebrauch für das Jahr 1891. Berlin 1890, S. 15-33. Zu den Bevölkerungszahlen der Provinzen vgl. Gerd Hohorst u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870-1914. 2. Aufl. München 1978, S. 47.

Tabelle 5: Vorstände der liberalen Parteien 1906-1913

	Vorstands- mitglieder. insg	Davon „Rheinländer“ ⁴⁴	Anteil
Freisinnige Vereinigung 1906 ²¹	59	2	3,3 %
Nationalliberale Partei 1911 ²²	165	13	7,9 %
Fortschrittliche Volkspartei 1912 ²³	59	2	3,3 %
Nationalliberale Partei 1913-17 ²⁴	243	16	6,6 %
Jungliberale 1911 ²⁵	21	8	38,0 %

Tabelle 6: Liberale Delegierte 1896/1912

	Delegierte	davon „Rheinländer“	Anteil
Nationalliberale Partei 1896 ²⁶	419	37	8,8 %
Fortschrittliche Volkspartei 1912 ²⁷	584	52	8,9 %

Während bei den Delegierten um 1900 die Rheinprovinz zumindest entsprechend ihrer politischen Bedeutung vertreten war, galt dies für die Vorstände nicht. Hier trat das rheinische Element bei den Linksliberalen nur zu einem Drittel in Erscheinung, wenn man von einer Norm von zehn Prozent ausgeht. Bei den Nationalliberalen war diese Tendenz weniger ausgeprägt, wobei man wohl berücksichtigen muss, dass Politiker rheinischer Herkunft inzwischen auch in Berlin ansässig waren. Allerdings spielten solche in der allerersten Reihe der liberalen Parteien zumindest quantitativ keine besondere Rolle. Schaut man sich die Namen der liberalen Partei- und Fraktionsvorsit-

21 Erster Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen. Berlin o.J. (= 1906), S. 4 f.

22 Organisationshandbuch 1911 (wie Anm. 17), S. II-V.

23 Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim. Berlin 1912, S. 142-145.

24 Klaus-Peter Reiss (Bearb.): Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912-1917. Düsseldorf 1967, S. 66-80.

25 Organisationshandbuch 1911 (wie Anm. 17), S. VI.

26 Vgl. Allgemeiner Delegiertentag der Nationalliberalen Partei 1896 (Erster Tag). Berlin 1896, S. 4 f. Dort heißt es auch, die Zusammensetzung weise eine „nach Lage der Dinge selten gleichmäßige Vertretung der einzelnen Landschaften des Reiches“ auf.

27 Der zweite Parteitag (wie Anm. 23), S. 135. Allerdings waren nur 21 der 35 rheinischen Reichstagswahlkreise vertreten.

zenden im Kaiserreich an,²⁸ so ist für die Nationalliberalen nur ein aus dem Rheinland gebürtiger Spitzenpolitiker zu verzeichnen: Friedrich Hammacher. Auf linksliberaler Seite waren es sogar zwei und zwar – neben Reinhart Schmidt-Elberfeld – mit Eugen Richter ein echtes politisches Schwergewicht, das allerdings, obwohl in Düsseldorf geboren, eher als preußisch denn als typisch rheinisch galt.²⁹ Auch wenn beide sicherlich sehr einflussreiche Persönlichkeiten waren, muss man doch hinsichtlich des Kaiserreiches konstatieren: Abgesehen von der parteipolitisch noch nicht sehr verfestigten Reichsgründungsphase spielte das „rheinische“ Element bei den Nationalliberalen gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts eine knapp durchschnittliche, bei den Linksliberalen aber eine weit unterdurchschnittliche Rolle.

III.

Diese Konstellation setzte sich in der Weimarer Republik fort, wie ein Blick auf die zweite und dritte Reichstagswahl belegt (Tabelle 7). Demnach schnitten die beiden Nachfolge-Organisationen der liberalen Parteien des Kaiserreiches ähnlich wie ihre Vorgängerinnen ab, auch wenn es innerhalb der Region unterschiedliche Ergebnisse gab. Aber nirgends waren die Linksliberalen im Rheinland stärker als die rechtsliberale Schwesterpartei. Stresemanns Volksparteiler kamen jedoch 1920 einigermaßen an ihre reichsweiten Durchschnittswerte heran und übertrafen sie 1924 bei den Maiwahlen. Deshalb spielte das rheinische Element in ihrer Fraktion 1920 fast und 1924 ziemlich genau die Rolle, die ihm statistisch zukam.

28 Vgl. die entsprechenden Hinweise zu den einzelnen Parteien im Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland. Hrsg. v. Dieter Fricke u.a., Bd. 1 Leipzig 1983, S. 622 f u. 656, Bd. 2 Leipzig 1984, S. 599, 684 u. 694, Bd. 3 Leipzig 1985, S. 403.

29 Vgl. dazu Jürgen Frölich: Eugen Richter (1838-1906), liberaler Parlamentarier im Kaiserreich. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoentlichkeiten/R/Seiten/EugenRichter.aspx>).

Tabelle 7: Liberale Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen 1920 und 1924, Mai³⁰

	DVP		DDP	
	1920	1924, Mai	1920	1924, Mai
Köln-Aachen	76.900 / 9,0 %	70.500 / 7,8 %	35.000 / 4,1 %	25.300 / 2,8 %
Koblenz-Trier	67.200 / 12,7 %	54.900 / 10,1 %	15.900 / 3,0 %	16.300 / 3,0 %
Düsseldorf-Ost	128.900 / 13,2 %	116.200 / 12,0 %	49.900 / 5,1 %	42.700 / 4,3 %
Düsseldorf-West	86.800 / 12,1 %	69.200 / 9,2 %	33.700 / 4,7 %	21.800 / 2,9 %
Rheinprovinz	359.800 / 11,6 %	310.800 / 9,8 %	134.500 / 4,4 %	106.100 / 3,3 %
Reich	3,92 Mill. / 13,9 %	2,69 Mill. / 9,2 %	2,33 Mill. / 8,3 %	1,66 Mill. / 5,7 %
Rhein. Anteil	(10,8 %) ³¹ / 9,2 %	(11,9 %) / 11,5 %	(10,8 %) / 5,8 %	(11,9 %) / 6,4 %

Das sah bei der DDP ganz anders aus: Sie blieb überall im Rheinland unterdurchschnittlich und erreichte insgesamt nur etwa die Hälfte (1920) oder später zwei Drittel ihres reichsweiten Ergebnisses. Kein Wunder, dass im Rheinland gewählte Abgeordnete in ihrer Fraktion nur halb so stark vertreten waren, wie sie es eigentlich hätten sein müssen.

Ganz ähnlich war das Bild bezogen auf die Partieliten und die Parteiorganisation. 1920 kamen zehn Prozent der DVP-Vorstandsmitglieder aus dem Rheinland, nämlich 27 von 269 namentlich bekannten,³² und von den 33 Wahlkreisgeschäftsstellen der Partei arbeiteten 1925 vier, also rund zwölf Prozent, in der Rheinprovinz, nämlich in Köln, Remscheid, Duisburg und Koblenz.³³

Dank eines Organisationshandbuches aus dem Jahr 1926 sind wir über die Zusammensetzung der DDP viel ausführlicher informiert, ohne dass sich daraus allerdings qualitativ neue Erkenntnisse gewinnen ließen: So kamen drei von 48 Mitgliedern des Hauptvorstands aus dem Rheinland, also weit weniger als zehn Prozent.³⁴ Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Reichsfrauenausschuss, wo vier Rheinländerinnen unter 62 linksliberalen Aktivistinnen saßen (6,5 %), oder beim Reichsausschuss für Handel, Industrie und Gewerbe

30 Zusammengestellt anhand von Jürgen Falter u.a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. München 1986, S. 68 f., bezogen jeweils auf die gültigen Stimmen.

31 In Klammern der Anteil der im Rheinland abgegebenen Stimmen.

32 Nach der Aufstellung „DVP Zentralvorstand 1920“, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1002/12, fol. 28-30.

33 Maximilian Müller-Jabusch (Hrsg.): Politischer Almanach 1925. Berlin u. a. 1925, S. 242 f.

34 Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926, hier S. 29 ff.

(drei von 58 = 5,1 %), während es beim Reichsausschuss der DDP-Beamten immerhin 14 von 147 Mitgliedern (= 9,5%) waren.³⁵ Nur beim studentischen Reichsbund kamen zwei von neun Vorstandsmitgliedern aus der Rheinprovinz, wobei dessen Wirksamkeit sich auch nach „Deutsch-Österreich“ erstreckte.³⁶ Ansonsten herrschte in der DDP ein heute kaum mehr vorstellbares Übergewicht der in Berlin ansässigen Funktionäre vor, die auch als solche ausgewiesen wurden.³⁷

Dieses Bild wird bestätigt durch die Wahlen zum preußischen Landtag, wo die Unterschiede hinsichtlich des „Rheinischen“ zwischen DVP und DDP noch deutlicher hervortreten, wenn auch beide Parteien dort unter ihrem landesweiten Durchschnitt blieben.

Tabelle 8: Liberale Mandate bei den Landtagswahlen in Preußen 1924/28³⁸

	MdL insges. 1924	<i>Rheinische MdL 1924</i>	MdL insges. 1928	<i>Rheinische MdL 1928</i>
LT	450	69 / 15,3 %	450	75 / 16,7 %
DVP	45 / 10,0 %	6 / 13,3 %	40 / 8,9 %	6 / 15,0 %
DDP	27 / 6,0 %	1 / 3,7 %	21 / 4,7 %	2 / 9,5 %

Interessant ist der „Ausrutscher“ bei der DDP 1928, wo es entgegen dem Trend zu einer „Verdoppelung“ ihrer Mandate im Westen und damit auch der „rheinischen Elemente“ in ihrer Landtagsfraktion kam. Das kann auch Zufall gewesen sein, denn eigentlich brachte die Wahl von 1928 allgemein keine Verbesserung bei der DDP gegenüber 1924. Auch in den vier rheinischen Wahlkreisen war der Stimmenanteil nochmals gefallen. Allerdings hatte sich der Wahlkreis Köln-Aachen nur minimal verschlechtert, so dass er nun gemeinsam mit Düsseldorf-Ost aus DDP-Sicht den 17. Platz unter insgesamt 23 Wahlkreisen einnahm. Noch weiter hinten lagen Düsseldorf-West und Koblenz-Trier, deren Wahlergebnisse nur vom ober-schlesischen Oppeln unterboten wurden.³⁹ Selbst in der stabilen Phase der Weimarer Republik blieb das Rheinland für die liberalen Parteien, insbesondere den Linksliberalismus, ein mehr oder minder schwieriges Pflaster.

35 Vgl. ebd. S. 54-68.

36 Ebd. S. 79.

37 Vgl. ebd. S. 30 f., 51, 60 f.

38 Zusammenge stellt nach Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 2. Wahlperiode. Berlin 1925, Anhang „Die Wahlen zum Preußischen Landtag am 7. Dezember 1924“ und Handbuch über den Preußischen Staat hrsg. vom Preußischen Staatsministerium für das Jahr 1929. Berlin o. J. (= 1929), S. 86 u. 127.

39 Vgl. Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933. Düsseldorf 1994, S. 383.

IV.

Die politischen und sozialen Verhältnisse nach 1945 waren natürlich ganz andere, somit auch die Rahmenbedingungen für einen Vergleich. Mit der formalen Auflösung des Staates Preußen war spätestens 1947 auch die Rheinprovinz als organisatorische Einheit untergegangen. Andererseits war natürlich infolge der Gebietsabtrennungen, die den deutschen Osten betrafen, das Gewicht des Rheinischen in der Bundesrepublik erheblich gestiegen. Legt man die Bevölkerungsstatistiken zugrunde, dann lebten 1975 rund zwanzig Prozent der Einwohner der Bundesrepublik auf dem Gebiet der ehemaligen Rheinprovinz⁴⁰ und 1991 nach der Vereinigung noch 15 Prozent.⁴¹ Bei den Wahlberechtigten waren es 2009 14,5 Prozent.⁴²

Allerdings ist es nach den durch den Zweiten Weltkrieg ausgelösten Verwerfungen noch schwieriger, originäre „Rheinländer“ ausfindig zu machen; hinzu kommt die zunehmende Mobilität. Mitunter helfen da auch die eingangs erwähnten Kriterien Geburts- und Wirkungsort nicht mehr weiter. Denn zwischen 1949 und 1990 waren der Regierungs- und Parlamentssitz mitten im Rheinland und damit zwangsläufig auch die Wirkungsorte vieler liberaler Politiker. Aussagekräftiger sind also vermutlich eher Wahlergebnisse.

Bleiben wir jedoch zunächst beim liberalen Spitzenpersonal nach 1945. Mit der Gründung der FDP im Dezember 1948 haben wir es nun nur noch mit einer Organisation zu tun, die für sich in Anspruch nimmt, den Liberalismus in Deutschland zu verkörpern. Diese nimmt mit einem Alter von nunmehr fast 70 Jahren hinsichtlich der Kontinuität auch eine einsame Spitzenposition in der Geschichte des deutschen Liberalismus ein. Insofern müssen sich die folgenden Ausführungen noch mehr auf Schlaglichter aus verschiedenen Zeiten beschränken. Hier zunächst die „landmannschaftliche Zusammensetzung“ des FDP-Bundesvorstandes im Überblick (Tabelle 9):

40 12.100.000 von 59.600.000, nach Meyers Enzyklopädisches Lexikon, 9. Aufl. Mannheim u.a. 1976.

41 11.900.000 von 79.100.000, nach Brockhaus Enzyklopädie, 19. Aufl. Mannheim 1991.

42 9.000.000 von 62.200.000, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Bundestagswahlkreise_2009 und https://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl_2009 (Zugriff 23.8.2017).

Tabelle 9: Die Zusammensetzung des FDP-Bundesvorstandes 1948-2017⁴³

Jahr	Zahl der Mitglieder	„Rheinländer“	Rheinischer Anteil
1948	16	1 ⁴⁴	6,3 %
1960	30 ⁴⁵	5/7 ⁴⁶	16,6 % / 23,3 %
1976	32	6/7 ⁴⁷	18,8 % / 21,9 %
1990	58 ⁴⁸	8/9 ⁴⁹	13,8 % / 15,5 %
2009	46 ⁵⁰	10/11 ⁵¹	21,7 % / 23,9 %
2017	43	7 ⁵²	16,2 %

Es ist erkennbar, dass die Zumessung „rheinisch“ nicht mehr so leicht ist, abgesehen vom Jahr 1948. Das hat nicht nur damit zu tun, dass der ordentliche Bundesvorstand der FDP – kooptierte Mitglieder wurden nicht berücksichtigt – zeitweise um bis zu drei Ehrenvorsitzende anwuchs, von denen zwei – Walter Scheel und Otto Graf Lambsdorff – zweifellos geborene Rheinländer waren.

Die Problematik erhellt beispielhaft die Biographie des – nach Marie-Elisabeth Lüders, Reinhold Maier und Walter Scheel – vierten FDP-Ehrenvorsitzenden: Hans-Dietrich Genscher wurde in Halle geboren, was er vor allem nach 1990 auch demonstrativ herausgestellt hat. Andererseits lebte er seit 1956 im Rheinland, hatte im rheinischen Wuppertal seit 1965 seinen Wahlkreis und ist nahe Bonn gestorben.⁵³ Rheinländer oder nicht? Ähnliches gilt auch für Erich Mende und Wolfgang Döring, beides keine geborenen Rheinländer, aber nur hier politisch aktiv. Schließlich ist da noch mit Bijan Djir-Sarai ein gebürtiger Iraner, der aber in Grevenbroich aufgewachsen ist und dort auch politische Karriere gemacht hat.

43 Zusammengestellt nach den Listen im ADL.

44 Franz Blücher.

45 Inkl. zwei Ehrenpräsidenten (M.E. Lüders, R. Maier).

46 Inkl. Erich Mende und Wolfgang Doering.

47 Inkl. H.-D. Genscher.

48 Inkl. Ehrenvorsitzendem (W. Scheel).

49 Inkl. H.-D. Genscher.

50 Inkl. Ehrenvorsitzende (W. Scheel, H.-D. Genscher, O. Graf Lambsdorff).

51 inkl. H.-D. Genscher.

52 Darunter ein im Iran geborenes Mitglied.

53 Zu Genscher vgl. Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie. Paderborn u. a. 2012, sowie zuletzt Jürgen Frölich: Taktisch versierter Pragmatiker und Visionär zugleich. Zum politischen Wirken von Hans-Dietrich Genscher (1927–2016). In: Deutschland-Archiv online v. 19.5.2017 (<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-archiv/248082/taktisch-versierter-pragmatiker-und-visionaer-zugleich-zum-politischen-wirken-von-hans-dietrich-genscher-19272016>).

Abgesehen von dem Problem, was im Sinne der einleitenden zitierten Definition von „Rheinländer“ wichtiger ist – der Geburts- oder der Wirkungs-ort, was man wohl nur im Einzelfall lösen kann –, zeigt sich, dass mit Ausnahme des Gründungsvorstandes das Rheinland eigentlich immer entsprechend seines politisch-demographischen Gewichtes im FDP-Bundesvorstand vertreten war. Dieses Gewicht schrumpfte im Zuge der Wiedervereinigung, stieg dann aber wieder an, was eine mögliche „Verwestlichung“ der FDP in den letzten Jahrzehnten widerspiegeln könnte.⁵⁴ Mit den drei letzten Ehrenvorsitzenden ist das Rheinland sogar in gewisser Weise überpräsentiert gewesen, selbst wenn man den „Problemfall“ Genscher herausrechnet. Die Zusammensetzung des Jahres 1948 dürfte dagegen noch eine Fortsetzung der Weimarer Verhältnisse sein, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass der historische Traditionsbezug der frühen FDP – sofern er überhaupt in der liberalen Tradition lag – die DDP gewesen ist. Diese war im Rheinland, wie gezeigt, auffällig schwach gewesen.

Werfen wir nun einen Blick auf die liberale Bundestagsfraktion (Tabelle 10):

Tabelle 10 „Rheinländer“ in der FDP-Bundestagsfraktion ⁵⁵					
	MdB insges.	Nordrhein	Rheinland (-Pfalz)	Saarland	„Rheinische“ MdBs
1949	52 + 1 Berlin	6	1	0	7 / 13,4 % (13,2 %) ⁵⁶
1961	67	12	2	1	15 / 22,3 %
1976	39 + 1 Berlin	5	0	0	5 / 12,8 % (12,5 %)
1990	78	10	2	1	13 / 16,6 %
2009	93	10	2	1	13 / 14,0 %
2017 ⁵⁷	80	13	1	1	15 / 18,8 %

Insgesamt zeigen sich kaum auffällige Abweichungen zwischen Vorstand und Fraktion. Bei beiden variierte der rheinische Anteil ab dem Jahr 1960 zwischen 14 und 24 Prozent ein, wenn man die – nicht jeweils vom Parteitag

54 Vgl. dazu Jürgen Frölich: The German Liberals. Between third force and marginal force. In: Journal of Liberal History 41/Winter 2003, S. 16-21, bes. S. 21.

55 Zusammengestellt nach den Amtlichen Handbüchern des Deutschen Bundestages. 1., 5., 8., 12. u. 17. Wahlperiode.

56 In Klammern unter Einschluss der „Berliner“.

57 Zusammengestellt nach <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/gewaehlte/bund-99/land-10.html#7ebe67ce-15ee-43f3-8fd5-5a4a6beec934>, http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Themen_und_Aufgaben/Buergerbeteiligung/Wahlen/2017bundestagswahl/btw17_erglisten.pdf und <http://www.fdp-rlp.de/page/landesliste-zur-bundestagswahl-2017> (Zugriff jeweils 27.9.2017).

wiedergewählten – Ehrenvorsitzenden mit einbezieht. In der Fraktion, die nicht unbedingt nach Proporz, sondern eher gemäß regionaler politischer Stimmung gewählt wurde, war die Bandbreite also ähnlich groß wie im Vorstand, wo in der Regel mehr auf innerparteiliche Ausgewogenheit Wert gelegt wird. Allerdings folgten beide chronologisch einem anderen Rhythmus: So war das „rheinische“ Element im Vorstand proportional 1976 und 2009 am größten, als aber in der Fraktion keine „rheinische“ Hochzeiten bestanden. Diese wiederum gab es dort 1961 und gibt es jetzt wieder in der Gegenwart, während gleichzeitig der „rheinische“ Anteil im Vorstand um 5 % unter seinem Höchststand lag bzw. liegt.

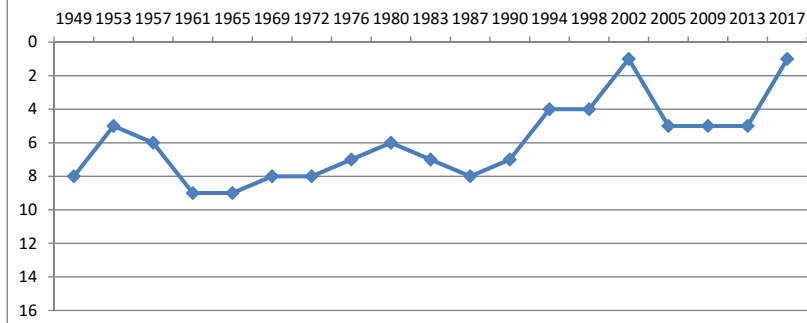
Dass jetzt im 19. Bundestag genauso viele FDP-Abgeordneten aus dem Rheinland vertreten sind wie 1961 im vierten, ist insofern erstaunlich, als das letzte Gesamtergebnis prozentual doch um rund ein Sechstel hinter dem früheren zurückgeblieben ist. Außerdem wurde die Zahl der „rheinischen“ Wahlkreise, d. h. innerhalb der Grenzen der ehemaligen Rheinprovinz, zwischenzeitlich um einen Wahlkreis verringert.⁵⁸ Die hohe Zahl „rheinischer“ Liberaler im Berliner Parlament dürfte sicherlich auch nicht nur mit der stark gewachsenen Zahl an Überhangmandaten zusammenhängen.

Vielmehr ist für die Stärke des „rheinischen Elements“ nicht nur in der FDP, sondern in allen Parteien außer der CSU, die Wahl im Landesteil Nordrhein entscheidend: Das Saarland ist schon von der Gesamtzahl an Mandaten – zur Zeit acht – eher eine zu vernachlässigende Größe. In Rheinland-Pfalz ist es schwierig, zwischen den ehemaligen Territorien Bayerns, Hessen-Darmstadts, Nassaus und Preußens zu unterscheiden, die Zuordnung mancher Abgeordneter ist deshalb mitunter etwas zufällig.

Allein schon wegen der überaus rührigen Landschaftsverbände ist die Situation in Nordrhein-Westfalen anders. Das Kurvendiagramm über den Verlauf, welchen Rang das nordrhein-westfälische Wahlergebnis innerhalb der gesamtliberalen Ergebnisse bei Bundestagswahlen eingenommen hat, ist deshalb sehr aussagekräftig, wenn auch leider keine aggregierten Ergebnisse für die beiden Landesteile bekannt sind.

58 Von 46 auf 45, vgl. Amtliches Handbuch des Bundestages für den 4. Bundestag, S. 180-193 und Amtliches Handbuch für den 17. Bundestag, S. 2, 13-30.

Die FDP NRW im Spiegel der FDP-Landesverbände: Rang nach Stimmenanteilen



Dabei kann man mit Blick auf die gesamte bundesrepublikanische Zeit keineswegs davon sprechen, dass die nordrhein-westfälische FDP Avantgarde in Sachen Stimmenanteil gewesen wäre. Im Gegenteil: Prozentual gesehen gehörte sie lange Zeit eigentlich zu den schwächeren Landesverbänden und lag häufig im hinteren Feld, vor allem wenn man berücksichtigt, dass es von 1957 bis 1987 nur neun konkurrierende FDP-Landesverbände gab. Diese prozentuale Schwäche wurde allerdings zum Teil durch die Größe des Elektorats wettgemacht.

Interessanterweise holten die nordrhein-westfälischen Liberalen seit der Wiedervereinigung allmählich auf. 2002 lagen sie erstmals im innerliberalen Wettbewerb auf Platz eins, gemeinsam übrigens mit Rheinland-Pfalz, also einem weiteren der rheinischen „Nachfolge-Staaten“ Preußens. Bei der nunmehr letzten Wahl hat der größte FDP-Landesverband nun allein die innerliberale Spitzenposition bei der Bundestagswahl erreicht.

Dass dabei der rheinische Teil des Bundeslandes die ausschlaggebende Rolle gespielt hat, manifestiert ein anderer Datensatz: Von den dreißig Wahlkreisen mit den besten FDP-Ergebnissen lag genau die Hälfte im Rheinland, unter den ersten zehn waren es allein sieben. Die besten vier Zweitstimmenergebnisse überhaupt wurden im Rheinland erzielt, erst an fünfter Stelle folgt, gleichauf mit einem weiteren rheinischen, ein hessischer Wahlkreis (Main-Taunus) und auf den Plätzen sieben und neun zwei baden-württem-

bergische.⁵⁹ Und umgekehrt: Unter den dreißig schwächsten Wahlkreisen befindet sich nur ein „rheinischer“ im Saarland.⁶⁰

V.

Das macht die FDP natürlich – noch – nicht zur führenden politischen Kraft im Rheinland. Aber es ist doch der erstaunliche vorläufige Schlusspunkt einer Entwicklung liberaler Parteien in der Region, mit vielen Höhe- und Tiefpunkten. Zunächst, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, schien die Rheinprovinz ein günstiges Pflaster für die Liberalen zu sein, eine regelrechte Hochburg. Dies hat sich in unterschiedlichem Maß gegen Ende des Kaiserreichs abgeschleift; vor allem für die Linksliberalen waren die Rheinlande eher Diaspora als Hochburg. Für die Nationalliberalen gab es zumindest lokale Schwerpunkte. Entsprechend unterschiedlich war das Gewicht der „Rheinländer“ zwischen 1890 und 1930 in den unterschiedlichen liberalen Strömungen, in jedem Fall aber war es bis in die Weimarer Republik hinein bei den Nationalliberalen größer.

Nach 1945 schien die FDP eher an die linksliberale Tradition anzuknüpfen. Das sollte sich dann allmählich ändern. Dabei sollte man auch nicht übersehen, dass ihre Parteispitze stark rheinisch geprägt gewesen ist: Von den bisher 14 FDP-Vorsitzenden war fünf geborene Rheinländer (Franz Blücher, Walter Scheel, Otto Graf Lambsdorff, Guido Westerwelle und Christian Lindner). Zwei weitere kann man zumindest für ihre jeweilige Amtszeit als rheinisch-geprägt ansehen: Erich Mende und Hans-Dietrich Genscher, dessen Vorsitz ja mehrere Jahre vor der Wiedervereinigung endete. Das wären dann genau fünfzig Prozent.⁶¹ Noch deutlicher wird das „Rheinische“ an der Parteispitze beim Blick auf die Dauer der Amtszeiten: Auch wenn man Mende und Genscher nicht einbezieht, wurde die FDP während vierzig Prozent ihrer Existenz von gebürtigen Rheinländern geführt, mit diesen beiden „Zugereisten“ sind es sogar fast siebenzig Prozent.

Ohne die hier präsentierten Daten überstrapazieren zu wollen, kann man doch am Ende festhalten: Anders als Friedrich Naumann vor 100 Jahren an-

59 In der numerischen Rheinform 94 (Köln II), 98 (Rhein-Sieg II), 106 (Düsseldorf I) und 110 Krefeld-Neuss II), vgl. Infratest Dimap: Bundestagswahl 2017 vom 24. September 2017. Ergebnisse und Analysen. Teil 2: Wahlkreisergebnisse. o. O. o. J., 3.01, S. 1. Vgl. auch https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/3f3d42ab-faef-4553-bdf8-ac089b7de86a/bt_w17_heft3.pdf (Zugriff 31.1.2018).

60 Infratest Dimap: Bundestagswahl 2017 (wie Anm. 59), S. 3.02. (Wahlkreis 298 St. Wendel).

61 Eine aktuelle Übersicht über die FDP-Vorsitzenden und ihre Amtszeiten unter https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Demokratische_Partei#Vorsitzende_der_FDP-Bundestagsfraktion (Zugriff 31.1.2018).

nahm, war also nicht nur der „alte Liberalismus“ vom Rheinland geprägt. Zwar mag man darüber streiten, ob Guido Westerwelles Statement „Liberalismus ist rheinisch“ durchgängig gegolten hat. Kein Zweifel kann aber daran bestehen: Selten war der deutsche Liberalismus wohl „rheinischer“ als in der Gegenwart, am Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts.

